

«Für politisches Einlenken ist es zu spät»

ZÜRICH. Seit dem vergangenen Freitag gehen die Sicherheitskräfte in Syrien mit äusserster Brutalität gegen Demonstranten vor. Der Syrien-Experte Carsten Wieland rechnet nicht mehr mit einer politischen Lösung für den Aufstand gegen das Assad-Regime.

INTERVIEW: PHILIPP HUFSCHMID

Das syrische Regime hat bisher abwechselnd mit Reformversprechen und der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste operiert. War der letzte Freitag diesbezüglich ein Wendepunkt?



Carsten Wieland: Nach dem blutigen Karfreitag dürfte es für einen versöhnlichen Ausgang des Aufstands durch politisches Einlenken zu spät sein. Ich sehe nur noch zwei mögliche Szenarien: Das eine wäre der Sturz des Regimes. Das andere die brutale Niederschlagung der Proteste, wie es der Vater des jetzigen Präsidenten 1982 in der Stadt Hama vormachte, als Tausende ums Leben kamen. Allerdings ist die internationale Lage heute eine andere. Ein Massaker an der eigenen Bevölkerung wie damals in Hama würde von der internationalen Gemeinschaft nicht mehr unbeantwortet bleiben.

Ist ein Eingreifen zum Schutz der Zivilbevölkerung wie in Libyen denkbar?

Einerseits stellt sich hier eine Frage ganz pragmatischer Art: Wie viel Krisenherde kann und will sich die Nato leisten? Andererseits ist Syrien aus geopolitischer Sicht ein anderer Fall als Libyen. Israel hat derzeit wohl das grösste Interesse, dass das Regime von Baschar al-Assad stabil bleibt. Denn mit Syrien existiert kein Friedensabkommen wie mit Ägypten. Ein Chaos in Syrien mit ungewissem Ausgang wäre für die Sicherheitsstrategen in Israel ein Alptraum. Durch die geografische Nähe zu Israel wäre Syrien ein interessantes Pflaster für Al-Kaida. Und auch der Libanon könnte durch den Fall des Assad-Regimes destabilisiert werden. Der Iran würde beispielsweise noch direkter versuchen, Einfluss auf den Libanon zu nehmen.

Armee und Geheimdienste werden von Alawiten kontrolliert, die derselben religiösen Minderheit wie Präsident Assad angehören. Wie loyal sind die verschiedenen Sicherheitskräfte?

Was die Armee betrifft, halte ich ein Szenario wie in Libyen mit einer Spaltung durchaus für möglich. Die Eliteeinheiten wie die Präsidentengarde sind sicherlich loyal zum Präsidenten,

weil sie extrem viel zu verlieren haben. Ich zweifle aber daran, dass die einfachen Soldaten, die unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit ihre Wehrpflicht leisten und häufig wegen miserabler Ausrüstung und Korruption frustriert sind, auf die eigenen Leute schießen würden. Bei den Truppen, die vorgestern in Daraa einrückten, handelt es sich daher sicherlich um Eliteeinheiten.

Lässt sich der Aufstand in Syrien mit den Aufständen in Ägypten, Tunesien oder Libyen vergleichen?

Die Ursachen sind ganz ähnlich. Die Menschen haben genug von Unfreiheit, Willkür und Korruption. Auch der demografische Wandel spielt eine Rolle: Die jungen Menschen, welche die Mehrheit der Bevölkerung bilden, leiden unter der sozialen und wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit.

Wo sehen Sie Unterschiede zu den anderen Aufständen?

Im Vergleich zu Ägypten ist der Organisationsgrad der Opposition in Syrien derzeit geringer. Die Proteste sind noch sehr dezentral, man sieht nur wenige politische Parolen und es ist nicht klar, welche Oppositionellen eine Führungsrolle übernehmen könnten. In Syrien existiert zwar seit dem sogenannten Damaszener Frühling vor elf Jahren, als man sich vom neuen Präsidenten politische Reformen erhoffte, eine zivilgesellschaftliche Oppositionsbewegung. Es ist aber zweifelhaft, ob diese in der Lage ist, die Proteste inhaltlich zu lenken.

Die Hauptstadt Damaskus scheint von den Protesten bisher wenig betroffen.

Das ist nur teilweise richtig. Das Zentrum von Damaskus wird gezielt abgeschirmt, damit sich ein Szenario wie in Kairo auf dem Tahrir-Platz nicht wiederholen kann. Doch Vorstädte von Damaskus waren Schauplatz von Demonstrationen, etwa Harasta, wo ärmere Menschen leben, und Duma, ein Wohnort der Mittelschicht.

Wieso nahm der Aufstand gerade in einer kleineren Stadt wie Daraa seinen Anfang?

In Daraa hat sich ein Phänomen wiederholt, das sich bereits in anderen arabischen Ländern beobachten liess. Die Regimes in diesen Ländern kennen keine deeskalierende Polizeistrategie. In Daraa hatte die Polizei Kinder verhaftet, die Graffiti an Hausmauern gespritzt hatten. Danach kam es zu Demonstrationen für die Freilassung der Kinder, die von den Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst wurden, was den Zorn der Bevölkerung noch verstärkte.

Ende März konnte Assad Hunderttausende für eine Demonstration zugunsten des Regimes mobilisieren. Weshalb hat er mehr Rückhalt in der Bevölkerung als etwa Mubarak in Ägypten?

Eine ideologische Klammer verbindet die Bevölkerung mit dem Präsidenten: die antiisraelische und antiamerikanische Politik und der Panarabismus. Zudem war Assad der Garant für die friedliche Koexistenz der Religionsgruppen und für Stabilität. Die

Syrer fürchten Zustände wie im Irak. Zudem ist Assad kein Verschwender wie etwa der tunesische Machthaber Ben Ali und galt als nicht brutal. Das gewaltsame Vorgehen in den letzten Tagen hat viele Syrer schockiert. Assads Image hat deshalb auch im Inland grossen Schaden genommen.

Die Familie Assad, die selber einer religiösen Minderheit entstammt, steht im Ruf, eine minderheitenfreundliche Politik betrieben zu haben. Stimmt das?

Hafis al-Assad und sein Sohn und Nachfolger Baschar al-Assad haben nie nur eine Politik von Alawiten für Alawiten gemacht. Ihre Politik kam oft auch anderen Minderheiten zugute. Selbst die Kurden, die immer einen Konflikt herbeiführten und als Nichtaraber erst vor kurzem die Staatsbürgerschaft versprochen erhielten, haben sich bisher nicht im grossen Stil den Protesten angeschlossen. Was die Minderheiten zurückhaltend macht, ist die Angst davor, was nach dem Sturz von Assad passieren könnte.

Carsten Wieland ist Politologe und Autor des Buches «Syrien nach dem Irak-Krieg».



Würde in Syrien wohl im Gefängnis enden: Ein syrischer Demonstrant schlägt vor der syrischen Botschaft in Kairo seinen Schuh auf ein Poster von Präsident Al-Assad. Bild: key

Riklin fordert Sperrung von Assads Konten

BERN. Während die Zürcher CVP-Nationalrätin und Aussenpolitikerin Kathy Riklin Sanktionen gegen Syrien fordert, warten andere Politiker und die offizielle Schweiz noch zu.

THOMAS MÜNZEL

Dass der syrische Machthaber Baschar al-Assad jetzt auch Panzer gegen sein eigenes Volk auffahren lässt, ist für CVP-Nationalrätin Kathy Riklin, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission (APK), schlicht unerträglich. «Es ist absolut inakzeptabel, was derzeit in Syrien geschieht.» Riklin ist zudem etwas irritiert darüber, dass die offizielle Schweiz bis jetzt noch nicht deutlicher gegen das Vorgehen des syrischen Regierung öffentlich protestiert hat.

Für die Aussenpolitikerin ist auf jeden Fall klar, dass auch gegen Syrien wegen der «enormen Menschenrechts-

verletzungen» Zeichen gesetzt werden müssen. «Spätestens jetzt sollten allfällige Gelder von Herrn Assad auf Schweizer Konten vorsorglich gesperrt werden», sagt Riklin. Dieser Meinung schliesst sich auch das Aargauer APK-Mitglied Geri Müller an. Er sei allerdings ohnehin der Meinung, dass man Potentatengelder generell sperren müsse, meint der Nationalrat der Grünen. Dass dazu auch jene des Despoten Assad gehörten, sei nur logisch.

Nach Angaben der Schweizerischen Nationalbank (SNB) beliefen sich die syrischen Guthaben auf Schweizer Banken im Jahr 2009 auf gut 1,9 Milliarden Franken.

EDA gibt sich zurückhaltend

Wie das EDA auf Anfrage erklärt, beobachte man die Ereignisse in Syrien derzeit «mit grosser Aufmerksamkeit». Man liess aber vorerst offen, wann und ob man überhaupt Konten des syrischen Präsidenten in der Schweiz zu sperren gedenkt. Eine Ver-

mögenssperre wird laut EDA nur angeordnet, wenn eine bestimmte Chance bestehe, dass das betreffende Land ein Rechtshilfesuch stelle. «Solange ein Potentat an der Macht ist, ist dies jedoch kaum zu erwarten.»

Im Falle des libyschen Machthabers Gaddafi schien dies aber niemanden beim EDA sonderlich zu kümmern. Gaddafi klammert sich noch immer an die Macht – seine Konten in der Schweiz sind aber dennoch schon seit geraumer Zeit blockiert.

«Assad ist nicht Gaddafi»

Für den Schaffhauser FDP-Ständerat Peter Briner lassen sich aber Gaddafi und Assad ohnehin nicht miteinander vergleichen. Noch im November 2009 lernte er Assad bei einem Besuch einer Delegation der ständerätlichen APK in Syrien persönlich kennen – und in gewisser Weise offenbar auch schätzen. «Herr Assad ist sehr gebildet und zeigte sich damals allen unseren kritischen Fragen gegenüber erstaunlich

aufgeschlossen.» Natürlich sei Assad ein Autokrat, meint Briner. Doch man dürfe dennoch nicht vergessen, dass seinem Land eine Schlüsselposition im Nahen Osten zukomme. Gerade deshalb hofft Briner nun um so mehr, dass Assad noch rechtzeitig zur Besinnung kommt. Seiner Ansicht nach empfehle es sich deshalb «zum jetzigen Zeitpunkt nicht», von der Schweiz aus im Alleingang irgendwelche Sanktionen gegen Syrien zu ergreifen. Briner hofft aber gleichzeitig, dass die Uno nun verstärkt Druck auf Assad ausübt.

Gegen Schnellschüsse

Der Aargauer SVP-Ständerat Maximilian Reimann wehrt sich generell gegen «ausserpolitische Schnellschüsse» und lehnt darum auch Kontensperrungen gegen Assad vorerst ab. Zuerst müsse man nun die Beschlüsse der Uno abwarten. Sollten diese mit der Schweizer Neutralität kompatibel sein, könne man dann immer noch ein Zeichen setzen, meint Reimann.

Wenig Handel mit Syrien

Der Umfang des schweizerisch-syrischen Handelsvolumens ist mit 212,9 Millionen Franken im Jahr 2009 im internationalen Vergleich relativ bescheiden. So betrug beispielsweise allein das Handelsvolumen zwischen der Schweiz und Deutschland im selben Zeitraum 90,8 Milliarden Franken. Nach einem kurzen, wertmässig jedoch noch immer geringen Anstieg der Importe aus Syrien im Jahr 2008, gingen diese 2009 wieder auf 5,2 Millionen Franken zurück.

Wichtigste Schweizer Exportgüter waren 2009 landwirtschaftliche Güter (27,6 Prozent/unter anderem Tabakwaren), pharmazeutische Erzeugnisse (23 Prozent), Uhren (18,2 Prozent) und chemische Produkte (12,5 Prozent). Aus Syrien importiert die Schweiz hauptsächlich Uhrmacherwaren (60 Prozent) sowie Bijouteriewaren (15,5 Prozent) und Textilien (11,3 Prozent). (red)